

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 21. Oktober 2011

Wir Niedersachsen sind so glücklich wie seit langem nicht

Die Lebenszufriedenheit der Deutschen ist aktuell so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, dies zeigt der Glücksatlas. Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10) sind die Deutschen heute so glücklich wie zuletzt 2001.

Hamburg ist laut Glücksranking 2011 mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen mit 7,14 Punkten und Bayern mit 7,10 Punkten. Wir Verdener und Osterholzer wussten ja immer schon, dass wir ein glückliches und zufriedenes Volk sind.

Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war mit 0,3 Punkten noch nie so gering wie heute. Zum Vergleich: 1991 betrug er noch 1,3 Punkte.

In Sachen Glücksranking hat Sachsen sogar mittlerweile den Anschluss an den Westen gefunden und Hessen überholt.

Auf Platz 1 der besonderen individuellen Glücksbringer steht das subjektive Gesundheitsempfinden, gefolgt von einer Partnerschaft, sozialen Kontakten und regelmäßiger sportlicher Aktivität.

Als gefürchtetster Glückshemmer gilt analog ein schlechtes Gesundheitsempfinden, gefolgt von dem Tod des Partners und Arbeitslosigkeit.

Mehr über die Lebenszufriedenheit bei uns im schönen Niedersachsen finden Sie unter www.gluecksatlas.de.

Evangelischer Militärfarrer aus Schwane- wede zu Besuch in Berlin

Ganz besonders freue ich mich, dass ich in dieser Woche Besuch vom evangelischen Militärfarrer, Andreas Wittkopf, bekommen habe. Er hat mit einer Gruppe aus Schwanewede gemeinsam mit deren Familien im Rahmen der Familienrüstzeit Berlin besucht.

Zwischen zwei Sitzungen des Haushaltsausschusses, in denen es weiterhin um die Rettung des Euro ging, habe ich es mir—wie fast immer—nicht nehmen lassen, die Gruppe persönlich durch den Reichstag und die anderen Parlamentsgebäude zu führen.

Zentraler Punkt der Führung war der Andachtsraum im Reichstagsgebäude. Hier findet jeden Donnerstag in einer Sitzungswoche um 8:45 Uhr eine ökumenische Andacht statt. Der Andachtsraum ist interkonfessionell konzipiert und öffnet sich so dem Dialog mit anderen Religionen.



Selbstverständlich durfte nach einem Blick in Plenar- und Fraktionssaal auch der obligatorische Kuppelbesuch auf dem Dach des Reichstages nicht fehlen.

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für die Familien in unserem Land ein. Gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge ihre finanzielle Situation gestärkt. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung unterstützen wir berufstätige Eltern. In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag mit der „Familienpflegezeit“ ein weiteres Gesetz zur Stärkung der Familie verabschiedet. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es uns gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen

ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Aus meiner Tätigkeit als Bürgermeister in Langwedel habe ich sehr direkt gespürt, vor welche Probleme Familien gestellt werden, wenn Angehörige pflegebedürftig werden. Aus diesen Erfahrungen heraus habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir den Angehörigen das Pflegen ihrer Angehörigen durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen ermöglichen. Deshalb habe ich auch als für den Etat, aus dem diese sogenannte Familienpflegezeit finanziert und administriert werden soll, zuständiger Haushaltspolitiker die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können,

wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien sind sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können sie zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.

Deutschland Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung

Zu den Lehren der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise gehört es, dass der Finanzmarkt nicht ohne angemessene Regulierung und Aufsicht sein darf. Wir in Deutschland haben unseren nationalen Regulierungsrahmen bereits ein gutes Stück gestrafft. Aufgrund des Restrukturierungsgesetzes können deutsche Banken nicht mehr auf die Rettung durch den Steuerzahler vertrauen; über die Bankenabgabe wird die Finanzwirtschaft erstmals für die Kosten zur Krisenbewältigung herangezogen; unge-

deckte Leerverkäufe sind seit Sommer 2010 generell verboten; die Bankenaufsicht hat stärkere Eingriffsrechte; Verbraucher müssen mit verständlicheren Informationen über Finanzprodukte aufgeklärt werden; Vertriebspersonal wird stärker beaufsichtigt. Weitere Maßnahmen müssen jetzt auf internationaler Ebene durchgesetzt werden. Analog zum deutschen Restrukturierungsgesetz muss ein Instrumentarium entwickelt werden, das die Stabilität global systemrelevanter Institute stärkt und für den Krisen-

fall ihre geordnete – auch grenzüberschreitende – Restrukturierung oder Abwicklung ermöglicht.

Ich habe vor vielen Jahren bereits gefordert, dass Finanzgeschäfte, die losgelöst sind vom Faktor der Produktion, abgeschafft gehören. Das hört sich weitreichend an, ist es aber nicht. Durch eine solche Maßnahme würden Investitionen in der Realwirtschaft ankommen und zur Produktivitätssteigerung und damit zur Verbesserung von Lebensqualität eingesetzt.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range